



Berner Politik

Wer Sicherheit will, muss auch handeln

Martin Candinas*
über die Sicherheitspolitik
in der Schweiz



Gestern und vorgestern tagte die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates in Bern. Wir wurden umfassend über die Einschätzungen zur weltpolitischen Lage informiert. Die Unsicherheiten haben in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Entsprechend wird in ganz Europa massiv in die Sicherheit investiert. Und was macht die Schweiz?

Wir diskutieren viel. Das ist wichtig und richtig. Wir müssen aber auch handeln. Die Rückkehr des Krieges nach Europa, hybride Bedrohungen und geopolitische Spannungen zeigen klar: Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Bundesrat Martin Pfister hat an der Delegiertenversammlung der Mitte-Partei am vergangenen Samstag betont, dass die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes dringend gestärkt werden muss. Dazu gehört eine glaubwürdige und gut ausgerüstete Armee. Damit dies möglich ist, braucht es zusätzliche Mittel. Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer erhöhen. Die Skepsis ist gross. Ohne wird es aber wohl nicht gehen, ausser

die Schuldenbremse wird mit einem Fonds umgangen. Es ist an uns im Parlament, eine mehrheitsfähige Lösung zu finden.

Ja, Sicherheit kostet. Doch Unsicherheit kostet am Ende mehr. Wer heute nicht bereit ist, in die Sicherheit unseres Landes zu investieren, zahlt morgen einen deutlich höheren Preis – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Gerade ein kleines, offenes und neutrales Land wie die Schweiz ist auf Stabilität und Verlässlichkeit angewiesen. Unsere Sicherheitspolitik muss deshalb vorausschauend und konsequent sein.

Neben der finanziellen Ausstattung braucht es auch genügend gut ausgebildete Soldatinnen und Soldaten sowie funktionierende Strukturen im Zivildienst. Genau hier setzt die Revision des Zivildienstgesetzes an, über die wir am 14. Juni abstimmen. Im Jahr 2025 wurden 7211 junge Männer zum Zivildienst zugelassen, im Jahr 2008 waren es noch 1632. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass der Zivildienst wieder stärker auf seinen ursprünglichen Zweck ausgerichtet werden muss. Denn diese Entwicklung hat dazu geführt, dass der Armee wichtige Kräfte fehlen. Gleichzeitig leidet auch der Zivildienst unter erheblichem Personalmangel. Damit geraten genau jene Strukturen unter Druck, die wir im Krisenfall am dringendsten brauchen.

Der Zivildienst hat seine Berechtigung: Er ist als Ersatzdienst für Menschen mit echten

Gewissenskonflikten gedacht. Genau das ist heute nicht immer der Fall. In der Praxis ist teilweise eine Wahlfreiheit entstanden, die so nie vorgesehen war und die Wehrgerechtigkeit untergräbt. Mit der Revision des Zivildienstgesetzes sollen die Regeln klarer gefasst und der Übertritt vom Militär- in den Zivildienst erschwert werden. Immer mehr junge Männer wechseln nämlich erst nach einer aufwendigen und teuren militärischen Ausbildung. Damit verliert die Armee nicht nur Personal, sondern auch wertvolle Fähigkeiten und die damit verbundenen Investitionen. Dieses Geld fehlt für Ausbildung, Ausrüstung und Einsatzbereitschaft.

Die Revision bringt konkrete Verbesserungen. Sie sorgt für mehr Planungssicherheit, stärkt die Einsatzfähigkeit von Armee und Zivildienst und sichert die notwendige personale Stabilität. Gleichzeitig bleibt der Zivildienst als wichtiger Bestandteil unseres Systems erhalten, nämlich als Ersatzdienst und nicht als gleichwertige Alternative.

Liebe Leserinnen und Leser, Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit, Wohlstand und Stabilität. Sie ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb braucht es am 14. Juni ein klares Ja zur Revision des Zivildienstgesetzes.

* Martin Candinas ist Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.